

UNION

in Deutschland

INFORMATIONSDIENST

der Christlich Demokratischen und Christlich Sozialen Union

Appell an alle

Wirtschaftsdebatte des Bundestages analysierte Möglichkeiten der Zukunft

Die Frage, wie durch eine zukünftige Wirtschaftspolitik die Sicherheit der Währung garantiert werden soll, ist nicht erst seit der Veröffentlichung des zweiten Jahresgutachtens der Sachverständigen zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bedeutsam. Immerhin ist aber durch die zweitägige Debatte des Bundestages am 16. und 17. Februar 1966 das Thema erneut aktuell geworden. Die Parteien aller Richtungen waren sich mit der Bundesregierung darin einig, daß keine Möglichkeit außer Acht gelassen werden darf, um das Ziel der Stabilität von Wirtschaft und Währung zu erreichen.

Es würde den Rahmen dieses Informationsdienstes sprengen, wenn eine ausführliche Darstellung der Bundestagsdebatte veröffentlicht werden sollte. Die Redaktion mußte sich daher damit begnügen, Teile der grundsätzlichen Stellungnahme von Bundeswirtschaftsminister Schmücker, der zugleich im Namen der Regierung sprach, wiederzugeben.

Zu Beginn seiner Rede wies Minister Schmücker darauf hin, daß Indiskretionen die Schuld daran trügen, wenn das Gutachten, mehr als ihm gut tue, zu einem Politikum geworden ist. Diese wirtschaftspolitische Analyse dürfe aber keinesfalls zu einer Fundgrube der Polemik werden. Als besonders bedeutsam sieht Minister Schmücker den Appell zur Stabilität an, der sich in diesem Gutachten findet. Er habe in der Öffentlichkeit ein so großes Echo gefunden, daß man allein dafür schon dem Sachverständigenrat danken müsse.

In diesem Zusammenhang erwähnte Schmücker, daß von dem Wissenschaftlichen Beirat seines Ministeriums ebenfalls ein Gutachten zur Stabilisierungspolitik veröffentlicht worden ist. Darin wird von der Notwendigkeit kurzfristig wirksamer Stabilisierungsmaßnahmen des Staates gesprochen. Sie seien keinesfalls eine Beeinträchtigung des Wachstums der Wirtschaft. Langfristige Stabilitätspolitik ist nach Ansicht des Wissenschaftlichen Beirats vor allem durch regionale und sektorale Strukturpolitik sowie mit einer konjunktur- und wachstumsgerechten Haushalts- und Finanzpolitik zu erreichen. Gleichzeitig wird daran erinnert, daß geplant ist, gegenwärtig bestehende Subventionen zu überprüfen und sie eventuell abzubauen. Der Bundestag wird sich in nächster Zeit bereits mit dieser Frage beschäftigen. Der Wissenschaftliche

Beirat spricht auch von Steuererhöhungen. Er hält sie allerdings nur dann für unumgänglich, wenn der Weg über die Ausgabenkürzung nicht zum Erfolg führt.

Nach den Worten von Minister Schmücker strebt die Bundesregierung die erste Alternative an: Sie will Steuererhöhungen vermeiden.

In drei Punkten sah Minister Schmücker von den Gutachten des Sachverständigenrates ausgehend die Notwendigkeit, die neue Entwicklung zu berücksichtigen:

● „Nach dem heutigen Stand der Konjunkturbeobachtung müssen wir für 1966 mit einer geringeren Zuwachsrate des realen Sozialprodukts als 4% rechnen.“

Fortsetzung Seite 2

NATO nicht schwächen

de Gaulles Pressekonferenz weckt Besorgnis

Die letzte Pressekonferenz de Gaulles hat in den Mitgliedstaaten der NATO deshalb besondere Aufmerksamkeit erregt, weil aus den Worten des Generals der Willen zu sprechen scheint, das westliche Verteidigungsbündnis schrittweise zugunsten stärkerer französischer Souveränität aufzuweichen.

Als außenpolitischer Sprecher seiner Fraktion hat sich der CDU-Bundestagsabgeordnete Majonica zu Wort gemeldet.

„Der französische Staatspräsident de Gaulle hat in seiner Pressekonferenz in Paris erneut die Stellung Frankreichs zur NATO präzisiert. Wenn diese Präzision auch grundsätzlich nichts Neues enthält, so überrascht doch die Schärfe, mit der die bekannten französischen Thesen vortragen wurden. Von deutscher Seite aus wird man dem Ausgangspunkt de Gaulles nicht zustimmen können, daß Europa gegenwärtig aus dem Osten nicht bedroht sei. Wenn auch vielleicht keine akute Gefahr bestehen mag, so wird man die sowjetische Bedrohung nicht nach schnellwechselnden Phasen der sowjetischen Politik beurteilen dürfen. Jenseits des Eisernen Vorhangs ist ein großes militärisches Potential vorhanden, das jederzeit zu Erpressungen oder Aggressionshandlungen eingesetzt werden kann. Wie leicht Rückfälle in die stalinistische Zeit möglich sind, hat das Urteil gegen die zwei sowjetischen Schriftsteller bewiesen. Angesichts dieser Situation kann nur

eine effektive, d. h. integrierte NATO den Frieden in Europa aufrechterhalten. Die Umwandlung in eine klassische Allianz würde die Abschreckungskraft des Bündnisses entscheidend schwächen.

Die CDU/CSU begrüßt, daß sich de Gaulle noch einmal zum Ergebnis der Luxemburger Konferenz bekannt hat, auch wenn keine völlige Übereinstimmung hinsichtlich der Interpretation dieses Ergebnisses bei allen sechs Mitgliedstaaten der EWG vorhanden sein dürfte. Es wird eines intensiven Gesprächs mit Frankreich bedürfen, um Klarheit darüber zu erhalten, wie sich de Gaulle die politische Zusammenarbeit der sechs Staaten vorstellt. Wenn de Gaulle formuliert, daß sich die europäische Zusammenarbeit aufdränge, so wird er dazu von deutscher Seite Zustimmung erhalten. Ebenso richtig ist es, daß eine solche Zusammenarbeit die Stellung Europas zur übrigen Welt grundlegend verändern wird. Ohne ein politisch geeintes Europa können die anstehenden Weltprobleme weder diskutiert, geschweige denn gelöst werden.“

Appell an alle

Fortsetzung von Seite 1

nen. Bei den Investitionen dürfen wir statt 8% Zuwachs nur etwa 5—6% annehmen. Das deutliche Abbröckeln der Investitionen in den letzten Monaten setzte ein unübersehbares Zeichen. Mit diesen Ziffern ändern sich natürlich auch die wirtschaftlichen Möglichkeiten und die wirtschaftlichen Notwendigkeiten.

Die Preisentwicklung dürfte bei normalen Witterungsverhältnissen voraussichtlich etwas günstiger ausfallen als bisher angenommen. Der beträchtliche Preisanstieg im Ernährungsbereich war im Jahre 1965 zum großen Teil das Ergebnis außerordentlicher Verhältnisse, ohne daß übrigens der Einkommensausfall der Landwirtschaft ausgeglichen worden wäre. Wir sollten uns auch darüber im klaren sein, daß die Preisentwicklung in manchen Bereichen — vor allem in der Wohnungswirtschaft und bei manchen Dienstleistungen — ein Angleichungsprozeß ist.

Darüber hinaus gibt es noch eine Veränderung, die allerdings nicht die Zahlen des Gutachtens, sondern einige Prognosen betrifft. Ich meine das Haushaltsdefizit von 1965, das mit 700 Millionen DM wesentlich geringer ausgefallen ist, als es noch in der Debatte zur Regierungserklärung gewissagt worden war."

An die Adresse des sozialdemokratischen Wirtschaftsexperten Prof. Schiller gewandt, sagte der Minister in diesem Zusammenhang:

„Auch wenn Sie es damals nicht glauben wollten, Herr Schiller, aus der von ihnen zitierten elfprozentigen Steigerung der Bundesausgaben in den ersten zehn Monaten ist für das ganze Jahr 1965 ‚nur‘ ein Anstieg von rund acht Prozent geworden. Die über die Begrenzung der Betriebsmittel — Zuweisungen geführte Konjunkturbremse hat bedeutend besser gegriffen als die Herbst-Kritiker es wahrhaben wollten.“

Der Minister gab zwar zu, daß die Begrenzung des Bundeshaushalts auf 69,1 Milliarden DM eine politisch gute Basis bedeute, er ließ aber keinen Zweifel daran, daß Kürzungen durch das Parlament in Höhe von einigen hundert Millionen DM einen zusätzlichen und der Stabilität zugute kommenden Erfolg darstellen würden.

Ein neues Modewort, so könnte man fast sagen, ist der Begriff eines konjunkturpolitischen Instrumentariums, daß sowohl im Parlament wie in vielen Kommentaren in Presse und Rundfunk seit einiger Zeit zu finden ist. Auch dazu machte Minister Schmücker Ausführungen. Die ganze Vielschichtigkeit solcher Maßnahmen machte er mit einer Aufzählung möglicher Mittel deutlich.

Auf dem Gebiet der Finanzpolitik:

„Erstellung eines Finanzrahmens Bund, Länder, Gemeinden mit Schuldenbegrenzung;

Aufstellung mehrjähriger Finanzpläne, insbesondere für den Baubereich und Investitionsprogramme bei möglichst allen öffentlichen Haushalten;

Verpflichtung zur antizyklischen Ausführung der Haushaltspläne;

Einführung eines modernen Abrechnungssystems, um schnelle und gründliche

Klarheit über den Stand der öffentlichen Ausgaben und damit die Basis für Raffung und Streckung zu erhalten;

Abstimmung der Investitionsprogramme von Bund und Ländern, insbesondere für den Baubereich;

Verpflichtungen der Sozialversicherungsträger zu einer konjunkturgerechten Anlagepolitik;

Bindung der öffentlichen Ausgaben an den Steuereingang;

Schaffung einer Konjunkturausgleichsrücklage für Steuermehreinnahmen oder Verpflichtung zur Schuldentilgung der Notenbank;

Ermächtigung der Bundesregierung zur begrenzten konjunkturpolitischen Variierung der Steuer- und Abschreibungsätze oder Verschiebung des Beginns der steuerlichen Abschreibung;

Steuerfreie Investitionsrückstellungen mit Einlagepflicht bei der Bundesbank;

zeitlich befristete Investitionsabgabe und Investitionszuschüsse.

Auf dem Gebiet der Kreditpolitik:

Koordinierung der öffentlichen Kreditaufnahme;

Verbesserung der kreditpolitischen Instrumente der Bundesbank durch Abstimmung der öffentlichen Kassentransaktionen

nen unter Aufnahme von Schuldscheindarlehen mit der Bundesbank;

Einbeziehung der Sozialversicherungsträger in die Einlagepflicht bei der Bundesbank;

Erweiterung der Möglichkeiten zur offenen Marktpolitik;

Kreditlimitierung oder -plafondierung durch die Bundesbank;

Heraufsetzung der Höchstgrenzen bei den Mindestreserven.

Für den Bereich der EWG:

Hier möchte ich noch die Notwendigkeit einer Abstimmung in der Konjunktur- und Währungspolitik in Brüssel erwähnen sowie die Notwendigkeit einer anderen Handhabung der Zölle, vollständige Aussetzung der Zölle im EWG-Verkehr und die Vorsorge für schnelle Verordnungen und Entscheidungen in Brüssel bei starkem binnenländischen Preisauftrieb, insbesondere preisdämpfende Terminwahl bei saisonalen Einfuhrsperren.

Die Bundesregierung wird, nachdem das Finanzreformgutachten vorliegt, diese Fragen auch mit den Ländern erörtern. Nicht daß alle Instrumente auf die Finalreform abgestimmt werden müßten, aber der Zusammenhang ist doch unbestritten. Ich bin sicher, daß die Länder sich den Erfordernissen einer wirksamen Konjunktur- und Stabilitätspolitik nicht verschließen. Die bisherigen Beratungen mit dem Ministerpräsidenten und dem Bundesrat haben das gezeigt."

Schillers Husarenritt

In der Öffentlichkeit ist die zweitägige Debatte des Bundestages sehr beachtet worden. Allerdings unterzogen objektive Beobachter die Ausführungen einer nüchternen Kritik. So heißt es beispielsweise in einem Kommentar, der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 19. Februar 1966 u. a.:

„Der sachliche Gehalt der zweitägigen Redeschlacht war nicht aufregend. Mehr und mehr verengte sich die Debatte auf das von Professor Schiller (SPD) mit Vorbedacht angeschlagene und hernach immer wieder variierte Thema: soll die Regierung das Gutachten als ‚einen ersten Schritt zur volkswirtschaftlichen Globalrechnung und Globalsteuerung‘ ansehen und der Wirtschaft quantitative Ziele für alles mögliche — von der Investitionstätigkeit bis zum Produktivitätszuwachs — für mehrere Jahre vorgeben? Oder soll sie auf eine solche mittelfristige Wirtschaftsplanung verzichten? Über dieses Steckenpferd des Professors Schiller ist mit einer Leidenschaft debattiert worden, als hinge davon unser aller Schicksal ab. Er hat die SPD auf diese Politik quantifizierender Zielsetzung eingeschworen und stritt dafür im Plenum ebenso hartnäckig wie gewandt. Das Fußvolk der eigenen Fraktion folgt ihm allerdings mit spürbarer Beklemmung, immer gewärtig, daß der Professor um der Stromlinie willen oder vermöge neuester nationalökonomischer Erkenntnisse ein weiteres Stück alter SPD-Tradition sorglos über Bord wirft. Er ist mittlerweile immerhin schon soweit, den Abgeordneten-Kollegen von der CDU die

Salbung mit dem Öl der Marktwirtschaft anzubieten, weil sie dies seiner Ansicht nach nötig haben.

Die SPD hat sich mit dieser Idee, die Schiller als eine jüngste Erkenntnis der Schule von (natürlich jungen) Nationalökonom verkaufte, sichtlich verrannt. Gelegentlich fiel ein Schlaglicht auf die grotesken Folgen, die die Umsetzung dieser Art von jüngsten Erkenntnissen in die Praxis haben würde:

Der SPD-Mann Schiller müßte dann bei den Sozialpartnern auf die Einhaltung seiner Leitvorstellungen, etwa über den Umfang von Lohnerhöhungen, drängen, während der CDU-Mann Schmücker sich aus dieser kitzigen Frage lieber heraushalten möchte und nicht ohne Grund an die Tarifhoheit der Sozialpartner erinnert. Schiller umging diesen heiklen Punkt sorgfältig, aber links stieg doch die Beklommenheit. Erleichtert klatschte ihm die Fraktion deshalb langen Beifall, als er in vertrautes Fahrwasser zurückfand und die Regierung der Absicht zieh, sie wolle sich mit ihrer Ablehnung von quantitativen Festlegungen nur den Rücken freihalten, um zur gegebenen Zeit die Gewerkschaften als Sündenbock für Preissteigerungen präsentieren zu können. Das war so eine jener Schillerschen Augenblickseingebungen, gut gemacht und dankbar beklascht, aber nicht ohne logische Mängel. Denn schließlich würden die Gewerkschaften mit einer vorgegebenen Orientierungszahl ihre Sündenbockfunktion noch viel glaubhafter erfüllen.“

Wehner im Zwielficht

Aufsehen um angebliche Enthüllungen der „Quick“

„Ist Herbert Wehner noch tragbar?“ Unter diesem Arbeitstitel wollte die Münchner Illustrierte „Quick“, wie die „Süddeutsche Zeitung“ berichtete, eine Reportage über den stellvertretenden SPD-Vorsitzenden veröffentlichen, die, wie Chefredakteur Hagen meinte, „Wehner vom Sessel gehoben“ hätte.

Was „Quick“ über Wehner erfahren haben will, ist freilich derart massiv, daß es für den mächtigsten Mann in der SPD schwer sein würde, seine Stellung zu behaupten — wenn die Vorwürfe stimmen. Durch den nicht erschienenen Bericht, über den die Öffentlichkeit durch die „Süddeutsche Zeitung“ vom 18. Februar informiert wurde, zieht sich wie ein roter Faden Wehners Machthunger und seine wenig demokratische Art beim Umgang mit Genossen. Wie die „Süddeutsche Zeitung“ berichtete, wurde in der „Quick“ geschildert, „die Umwandlung der breitgegliederten demokratischen Parteiführung in ein diktatorisches Machtinstrument, das durch zahlreiche (und jetzt wieder geplante) Organisationsformen ganz auf die Person Wehners zugeschnitten ist.“ „Wehner handele nach der Devise, Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser!“

Außerdem soll „Quick“ erfahren haben, „daß Kurt Schumacher seine Freunde noch auf dem Totenbett vor Herbert Wehner mit den Worten, laßt diesen Mann nie in der Partei hochkommen“, gewarnt habe“. Zeugen dieser Äußerung sollen Ollenhauer, Mellies, Annemarie Renger und Stephan Thomas gewesen sein.

Ebenso sensationell wirkten die Andeutungen über Wehners Rolle während seiner Moskauer Emigrationszeit, wo 1938 bei einer Stalinschen Säuberungsaktion „die deutschen KP-Genossen sich gegenseitig ans Messer der GPU lieferten“. Stephan Thomas soll dazu und über andere Einzelheiten im Auftrage Kurt Schumachers Untersuchungen geführt haben.

Diese Enthüllungen hätten, sofern sie den Tatsachen entsprechen, Wehners Ansehen, nicht nur in seiner eigenen Partei, schweren Schaden zugefügt. Der Chefredakteur der „Quick“, Hagen, soll sich über die Brisanz des Artikels bewußt gewesen sein, als er, wie die „Süddeutsche

Proporzdenken im Rundfunkrat?

Zu einer harten Auseinandersetzung kam es im Saarlandtag zwischen CDU und SPD über das Thema Rundfunkrat, als der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD, Friedrich Regitz, die Gelegenheit der Neubesetzung dieses Gremiums benutzte, um am System und der Wahl der Persönlichkeiten Kritik zu üben. Er empfahl, die Zusammensetzung in etwa der politischen Struktur des Landes anzupassen mit dem Hinweis auf die Tatsache, daß sich bei den Wahlen im letzten Herbst rund 40% der Stimmberechtigten zur SPD bekannt haben. Demgegenüber stellten die Vertreter der CDU-Fraktion, Max Schneider und Alfred Wilhelm, heraus, daß sich der Kulturpolitische Ausschuß des Parlaments weitgehend an die Vorschläge der einzelnen Organisationen gehalten habe, die im Rundfunkrat vertreten sind. Ministerpräsident Dr. Franz Josef Röder wandte sich scharf gegen eine Politisierung des Rundfunkrats.

Zeitung“ berichtet, gesagt habe, „Wir wollen uns nicht selber auf die Schulter klopfen, aber diese Sache hätte Wehner vom Sessel gehoben“.

Die „Enthüllungen“ der „Süddeutschen Zeitung“ über den „Quick“-Artikel wurden am nächsten Tag von der Illustrierten etwas eingeschränkt. Insbesondere wurde nicht bestätigt, daß der CSU-Bundestagsabgeordnete von Guttenberg und sogar Strauß Wehner selbst vor dem Artikel gewarnt haben sollen. Beide hätten den Bericht nicht gekannt.

„Das meiste ist pure Kombination der ‚Süddeutschen‘“, meinte der Chefredakteur der Illustrierten „Quick“ der „Welt“ gegenüber, gab aber zu: „Ich war mir darüber im klaren, daß der Artikel Wehner sehr geschadet und ihn vermutlich zu Fall gebracht hätte. Ich halte es jedoch nicht für meine Aufgabe, radikalen Kräften Schützenhilfe zu leisten, indem ich der mitgliedsstärksten deutschen Partei dermaßen in die Kniekehlen trete.“

Nach alledem fragt sich, was von dieser mysteriösen Geschichte zu halten ist. Handelt es sich bei der „Quick“-Story um Informationen mit zweifelhaftem Wahrheitsgehalt, so daß die Illustrierte eine einstweilige Verfügung befürchten mußte? Oder hatte Hagen wirklich ernsthaft Befürchtungen um die SPD, dann aber müssen seine Enthüllungen derart schwerwiegend sein, daß die gesamte Öffentlichkeit und nicht nur die SPD berechtigt ist, von der „Quick“ die volle Wahrheit zu erfahren. Denn schließlich ist Wehner nicht irgendwer.

In der SPD hat der Artikel, der noch wohlverwahrt in der Schublade der „Quick“ liegt, wie eine Bombe eingeschlagen. Daß Material gegen Wehner zusammengetragen wurde, wußte man schon seit längerer Zeit. Man vermutete auch wohl zu Recht, daß gewisse Informationen von Genossen geliefert wurden, die Wehner nicht sonderlich gewogen sind. Nach den Angaben der „Süddeutschen Zeitung“ hat sich bei diesen Untersuchungen der SPD-Bundestagsabgeordnete Jahn als kleiner Parteiquisitor bestätigt.

Zwar hat Jahn solche Vorwürfe weit von sich gewiesen, aber doch zugegeben, gegen Angestellte der SPD ermittelt zu haben, die ihre Kenntnisse mißbräuchlich verwenden würden.

Ansonsten hat die SPD alles dementiert, was die „Süddeutsche Zeitung“ über Wehner verbreitete. Sie verbat sich sogar die Rücksichtnahme durch die „Quick“. Der Parteivorstand erklärte, die SPD bedürfe nicht der Schonung. Sachliche Kritik werde die SPD jederzeit honorieren, aber politischen Heckenschützen trete sie mit aller Härte entgegen. Aber bei diesen Worten ist es geblieben, von irgendwelchen Schritten der SPD gegen die „Quick“ ist nichts bekannt. Deshalb ist die Frage berechtigt, wer nun wohl die Wahrheit spricht, die SPD oder die „Quick“?

Am Rande

ar. Pressekonferenzen gehören zum täglichen Brot der Journalisten. Es gibt sie, freilich oder weniger freilich, auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs. Sie sind besonders offen und freimütig in den USA. Und außerdem existiert noch eine Sonderform: das sind die Pressekonferenzen des französischen Staatspräsidenten de Gaulle. Bei de Gaulle ist wenig spontan; er setzt die Themen vorher fest, über die er sprechen will, und eine Pressekonferenz mit ihm, lange vorher angesetzt, ist stets ein Stückchen Regierungserklärung.

Am 21. Februar hat de Gaulle auf neue die Stellung Frankreichs zur NATO präzisiert. Wenn auch diese Präzision nichts grundsätzlich Neues enthält, so hat doch die Schärfe überrascht, mit der die bekannten französischen Thesen vorgetragen wurden. Der Ausgangspunkt der politischen Diagnose de Gaulles ist seine These, daß Europa gegenwärtig aus dem Osten nicht bedroht sei. Wenn auch vielleicht keine akute Gefahr bestehen mag, so darf man aber dennoch nicht vergessen, daß jenseits des Eisernen Vorhangs ein gewaltiges militärisches Potential bereitsteht, das jederzeit zu Erpressungen oder Aggressionshandlungen eingesetzt werden kann. Nur eine moderne NATO kann angesichts dieser Situation, die durch vorübergehende Schwankungen der sowjetischen Politik nicht im Grundsatz geändert ist, den Frieden in Europa erhalten. Es geht um die Abschreckungskraft des Bündnisses, und man wird noch viele Überlegungen anstellen müssen, wie man sie erhalten kann und zugleich den Wünschen des französischen Staatspräsidenten nachkommt.

de Gaulle hat aber daneben noch einmal zu den Ergebnissen der Luxemburger Konferenz Stellung genommen. Er hat auch — dies ist die unmittelbare Auswirkung des letzten Konsultationsgesprächs mit Bundeskanzler Erhard — die politische Zusammenarbeit der Sechs als erstrebenswert hingestellt und bei seinen Vorstellungen eines größeren Europa auf die Wiedervereinigung der Deutschen hingewiesen. Man darf sich darüber freuen, daß die Zielstrebigkeit des deutschen Bundeskanzlers zu diesen Anfangserfolgen geführt hat. Nun wird es darum gehen, in welcher Weise die sechs Staaten jene politische Einheit darstellen wollen, ohne die Europa nicht mit einer Stimme sprechen kann. Daß ein so vereintes Europa nach wie vor auf die Partnerschaft mit den USA Wert legen muß, versteht sich am Rande. Noch steht die Freiheit gegen die Untreue, und nur solche Freiheit kann bestehen, die selber Kraft genug hat, sich zu verteidigen.

FU Berlin in schwerer Krise

Linksextreme Studenten treiben Professoren zur Abwanderung

Es ist lange her, seit man an der Freien Universität Berlin die Ideale einer freiheitlichen Gesinnung hochgehalten hat. Ganze 16 Jahre sind seit ihrer Gründung vergangen. Heute muß man sogar um einen geordneten Ablauf von Lehre und Forschung fürchten, der durch den täglich größer werdenden politischen Scherbenhaufen tatsächlich in Frage gestellt ist.

Wie der Rektor der FU Berlin, Prof. Lieber, jetzt ankündigte, wolle sich eine Reihe von Professoren aus politischen Gründen vorzeitig emeritieren lassen, andere wieder würden an westdeutsche Universitäten abwandern; Vakanzen im Lehrbetrieb zeichneten sich ab. Sechzehn Jahre also haben genügt, das sogenannte Berliner Modell, ein in der ganzen Welt als vorbildlich angesehenes Beispiel für eine wirkliche Zusammenarbeit von Professoren und Studenten, zu ruinieren.

Um das heutige Dilemma, das eine radikale studentische Minderheit in Verknüpfung ihrer akademischen Freiheit ausgelöst hat, richtig beurteilen zu können, muß man wissen, daß die Gründung der Freien Universität im Jahre 1948 wesentlich amerikanischer Hilfe zu verdanken ist. Amerika steckte Millionen Dollars in dieses Projekt, amerikanische Publizisten wie u. a. Kendall Foss warben in ihrem Land mit unermüdlichem Eifer für die neue Universität, deren Gründung sich als Gegenstück zur Ost-Berliner Humboldt-Universität mit ihrem SED-Drill dringend empfahl.

Die Studenten von damals haben die Universität längst verlassen, mit ihnen ist, wie es scheint, ein guter Teil des Gründungsgeistes ebenfalls fortgegangen. Die heutige Generation an der Freien Universität Berlin verfügt nicht mehr über die enge moralische und politische Bindung, wie sie in jenen Anfangsjahren Lehrende und Lernende zu einer Einheit formte. Die Radikalen von heute erniedrigen die Universität zu einem rein politischen Forum mit rotem Einschlag, sie ziehen gegen die amerikanische Vietnam-Politik mit Straßendemonstrationen zu Felde, um die vietnamesischen Kommunisten zu stärken, sie kritisieren Vorlesungen ihrer Professoren in der Studenten-Zeitschrift „FU-Spiegel“ und sagen ihren Universitätslehrern den Kampf an, falls diese versuchen sollten, die Rechte der Studenten zu schmälern.

Nachdem es in den letzten Wochen zu anti-amerikanischen Ausschreitungen Berliner Studenten gekommen war, hatte der Akademische Senat den Studentenvertretungen die weitere Benutzung der Hörsäle für politische Zwecke verboten. Die Studenten liefen gegen diesen Beschluß Sturm. Statt den Studenten klarzumachen, daß sie den Bogen politischer Tätigkeit innerhalb des Universitätsrahmens überspannt hatten und statt ihnen zu sagen, welche katastrophalen Folgen eine Fortsetzung ihrer extremen politischen Linie für die Universität haben müßte, polemisierte auch der Berliner Kultursenator Stein (SPD) gegen die Entscheidung des Akademischen Senats. „Wohin sollen denn die jungen Leute gehen, denen man vorwirft, daß sie sich politisch zu wenig engagieren“, fragte Stein naiv.

Die Krise zwischen Professoren und Studenten vertiefte sich in den vergange-

nen Tagen zusehends. Inzwischen hat der Akademische Senat den Beauftragten für die politische Bildungsarbeit an der Freien Universität, Prof. Sontheimer, von seinem Amt entbunden, weil auch er den Senatsbeschluß kritisiert hatte.

Mit Bestürzung gewahrt man heute folgendes Bild: In zunehmendem Maße

Satire gegen Schütte

Hessischer Hochschulgesetzentwurf wird kritisiert

Der hessische Hochschulentwurf findet in weiten Kreisen der Öffentlichkeit noch immer keinen Gefallen. Zwar lobt ihn sein geistiger Vater, der SPD-Kultusminister Schütte, in den höchsten Tönen, aber auch nur er.

Einer von ihnen, der Marburger Professor Wilhelm Rau, hat am 19. Februar in der „Welt“ eine beißende Satire zu dem Entwurf veröffentlicht. Sein Material holte er dafür aus der entsprechenden Vorlage der Landesregierung (V), aus der Begründung zum Gesetzentwurf (B) sowie aus der Rede des hessischen Kultusministers zur Begründung des Entwurfs (R). (Die in Klammer gesetzten Buchstaben hinter den einzelnen Zitaten geben jeweils den Fundort an.)

„Das erste, was der Student in einer tief veränderten Zeit vom Staate mit Recht fordert, ist tadellose Wohlfahrtsversorgung: einen unbedingten wirksamen Schutz gegen alle Gefahren, die aus eigener Unzulänglichkeit oder widrigen äußeren Umständen resultieren könnten. Er möchte und kann — also soll er — unmündig bleiben. Alle Sorge um sein Fortkommen, alle Verantwortung für sein Berufstraining (früher: Studium) darf er entschieden von sich ab- und dem Gemeinwesen zuschieben. ‚Im modernen Lebenssystem ist die alte Lernfreiheit sinnlos geworden‘ (B); der Studienweg ‚muß ihnen (den Studenten) gewiesen werden‘ (R). Da der Staat künftig Stipendien nur auf acht Semester zu vergeben gewillt ist, sind dem Studenten bis spätestens zu diesem Zeitpunkt sämtliche Zeugnisse auszustellen, die er braucht, um den von ihm erstrebten akademischen Beruf zu ergreifen. Verantwortlich hierfür sind die Universitäten.

Jedes Kind ist bildbar. Mangelnde Schulkenntnisse, mangelnder Fleiß, mangelnde Begabung dürfen es weder einzeln noch vereint hindern können, daß am Ende des achten Semesters Staatsexamen gemacht wird. ‚Von allen Studenten muß am Ende des 4. Studienjahres eine Abschlußprüfung abgelegt werden, die für etwa 70 bis 80 Prozent der Studenten auch das Ende ihres Hochschulstudiums bedeutet‘ (B). Dies scheint nur schwierig. Alles löst sich aufs einfachste, sobald man die Prüfungsanforderungen mindert, bis sie sich vom

erfahren die linksextremen Studentenkraft an der Berliner Universität indirekt Hilfe dadurch, daß politisch verantwortliche Stellen Westberlins das Berliner Modell und seine Grenzen der Parität und Demokratisierung falsch interpretieren. Wenn man weiß, daß im Akademischen Senat nach der bisher bewährten Regelung zwei Studenten 16 Professoren gegenüber sitzen, ist es sinnlos, die Frage des studentischen Mitspracherechts zu einem Politikum erster Ordnung emporzuspielen. Die studentischen Befugnisse sind klar fixiert. Auf keinen Fall haben die Gründer von 1948 daran gedacht, aus der freien wissenschaftlichen Institution Berlins eine Plattform für antidemokratische Studentengesinnung zu machen. Der Berliner SPD/FDP-Senat hätte allen Grund, den Lehrenden zur Seite zu stehen in dem Bemühen, die richtigen demokratischen Gewichte an der Freien Universität wiederherzustellen.

schwächsten Studenten mühelos bewältigen lassen. ‚Jede Überdehnung der Ausbildung führt zu einer negativen Auslese und damit zu einer Verminderung der Qualität, weil sie die aktivsten und vitalsten jungen Leute am meisten abstößt‘

Der hessischen wie der bundesdeutschen Bevölkerung dient der Entwurf dadurch, daß er erstens die Universitäten in Berufsschulen verwandelt und zweitens alle Schranken niederreißt, welche die Universitäten zwischen sich und den übrigen Volksbildungsanstalten errichtet haben. Beim ersten Punkte genügt es, auf die Studienregelung hinzuweisen, von der bereits die Rede war. Die Massengesellschaft erwartet von den Hochschulen nicht nur alljährlich einen genügenden Ausstoß von Juristen, Ärzten, Technikern und Lehrern, sondern verlangt gleichzeitig, daß die Ausgaben für deren Berufstraining (früher Studium) auf das billigste Niveau geschrumpft werden. Dies ist neben der Betreuungspflicht gegenüber den Studenten der zweite Grund für den allgemeinen Wunsch nach Studienzeitbeschränkung und Minderung der Prüfungsanforderungen. In unserem Jahrhundert ist die Wissenschaft kein Wert an sich, sondern dient dem Normalverbraucher zur Erhöhung seines Lebensstandards. Bisher lernt der Student viel zu viel, was hierzu völlig unnützlich ist, und muß anderes missen, das ihm statt dessen bitter not tate. Unser Entwurf ermöglicht es, den gesamten akademischen Unterricht in kürzester Frist den Bedürfnissen des Berufstrainings anzupassen.

Zum anderen wird es überall außerhalb der Universitätsmauern begrüßt werden, daß der Entwurf uns der Einheitsschule einen großen Schritt näherbringt. Wir brauchen ein einheitliches Bildungswesen mit durchaus fließenden Übergängen von der Hilfs- bis zur Hochschule. Auch die Universitäten dürfen in Zukunft nur ein Teil der Schule sein. Denn nur über die Einheitsschule sind die Einheitsgesellschaft, die Einheitspartei und der Einheitsstaat zu erreichen.“

Verplanter Sport

SED züchtet Talente heran

Vom 22. bis zum 27. Februar finden die Endausscheidungen der I. Deutschen Kinder- und Jugendspartakiade der Sowjetzone statt, und zwar in Ost-Berlin, Oberhof und Goldlauter. Unter dem Begriff Spartakiade versteht die SED Sportveranstaltungen, die nach „klassenkämpferischen Maßstäben“ organisiert und teilweise unter militärischen Gesichtspunkten durchgeführt werden.

An den Ausscheidungskämpfen zur Kinder- und Jugendspartakiade nahmen an Kreis- und Bezirksspartakiaden annähernd zwei Millionen Kinder teil. Ihre Sportwettkämpfe standen im Zeichen des sogenannten Massensports und der Wehrrertüchtigung. Die 1880 Kinder und Schüler, die in Ost-Berlin, Oberhof und Goldlauter um den Siegeslorbeer kämpfen, kommen fast ausschließlich von den 56 Kinder- und Jugendsportoberschulen (KJS). Diese Schulen hatte die SED im Jahre 1954 erstmals ins Leben gerufen. Fünf Jahre später wurden sie den sogenannten Zentren des Leistungssports, den Sportklubs organisatorisch angegliedert. Auf diesen Kindersportoberschulen werden bewußt Spitzensportler gezüchtet. Das Ziel der SED ist es dabei, die Bundesrepublik im Sport zu überrunden. Zugleich wirbt die SED mit Hilfe des Leistungssports um politische Anerkennung im Ausland.

In Ost-Berlin werden die Eissportwettbewerbe in der Eissporthalle bzw. auf der Kunsteisbahn im Dynamo-Sportforum ausgetragen, an dem 680 Kinder und Jugendliche aus KJ-Schulen teilnehmen. In Goldlauter-Heidersbach zwischen Suhl und Zella-Mehlis am Südhang des

983 m hohen großen Beerberges gelegen, finden die Skimeisterschaften in der Alpinen Kombinationen statt, und zwar mit 500 Jugendlichen. In Goldlauter-Heidersbach liegt auch ein Trainingszentrum des Armeesportklubs (ASK) Brotterode.

KPD bleibt gefährlich

Es besteht kein Grund zur Wiederzulassung

Die Wührarbeit der in der Bundesrepublik verbotenen kommunistischen Partei hat trotz des verminderten Interesses der Öffentlichkeit kaum nachgelassen. Dennoch erheben sich immer wieder Stimmen, die eine Zulassung dieser Partei verlangen. Klar sollte aber sein, daß sich am Ziel der Vereinigung Deutschlands unter kommunistischem Vorzeichen nichts geändert hat.

Am 24. November gab die Karlsruher Bundesanwaltschaft die Verhaftung zahlreicher kommunistischer Agitatoren bekannt, die zentrierweise Schriftenmaterial für die illegale kommunistische Partei aus der sowjetisch besetzten Zone in die Bundesrepublik Deutschland geschleust haben. — Seit dem 10. Januar steht der frühere kommunistische Abgeordnete der Bremer Bürgerschaft und Mitbegründer der „Deutschen Friedens-Union“, Hermann Gautier, wegen des

Verdachts der kommunistischen Unterwanderung der DFU vor dem „Dritten Strafsenat“ des Karlsruher Bundesgerichtshofes.

Dies sind nur zwei Beispiele aus jüngster Zeit, die zeigen, wie wenig die von der sowjetzonalen Staatspartei, der SED, gesteuerte illegale KPD ihre Absicht aufgegeben hat, die freiheitlich-demokratische Grundordnung im freien Teile Deutschland aufzuheben und durch die proletarische Diktatur zu ersetzen.

Niemand sollte sich darüber täuschen, daß die von der SED gesteuerte illegale KPD mit ihren Methoden in den letzten Jahren einige Erfolge erzielt hat. Wie sehr sich die kommunistische Sprachregelung in der jüngsten Vergangenheit gewandelt hat, zeigt sich z.B. darin, daß die SED/KPD-Propaganda die Bundeswehr nicht mehr ausschließlich als das „gefährliche Machtinstrument der Bonner Revanchisten“, sondern je nach Zweckmäßigkeit auch als „unsere Bundeswehr“ bezeichnet. Mit ihrer neuen Taktik möchte die SED/KPD vor allem ihrem alten Wunschtraum nach einer Aktionsgemeinschaft mit allen oppositionellen Kräften in der Bundesrepublik neuen Auftrieb geben.

Niemand sollte sich auch der Illusion hingeben, daß das SED-Regime bereit sei, bei einer erneuten Zulassung der KPD eine innerdeutsche Freizügigkeit herzustellen oder gar die Mauer abzureißen. Alle diejenigen, die glauben, aus welchen Gründen immer, für eine erneute Zulassung der durch das Bundesverfassungsgericht verbotenen KPD plädieren zu müssen, sollten auch einmal das Grundgesetz lesen. Dort heißt es nämlich im Artikel 21 Absatz 2, daß die Parteien verfassungswidrig sind, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung in der Bundesrepublik zu beeinträchtigen. Diesem Verfassungsgebot hat die Bundesregierung seinerzeit mit ihrem Antrag auf Verbot der KPD entsprochen.

Bedenkliche Studie

CDU wendet sich gegen politische Vorleistungen

Zu einer im Gesamtdeutschen Ministerium ausgearbeiteten Studie, daß unter dem Begriff Wiedervereinigung nicht mehr die Wiederherstellung der Grenzen von 1937 verstanden werden soll, sondern nur noch die Einheit des deutschen Volkes, hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine klärende Stellungnahme abgegeben.

Ihr Sprecher für gesamtdeutsche Fragen, der Bundestagsabgeordnete von Eckardt erklärte: „Es ist unumstritten, daß nach internationalem Recht Deutschland auch heute noch in den Grenzen von 1937 fortbesteht. Nur durch einen Friedensvertrag kann neues Recht und damit auch neue Grenzen geschaffen werden.“

Ebenso unumstritten ist, daß ein Friedensvertrag nur von einer gesamtdeutschen Regierung abgeschlossen werden kann, die aus freien, gesamtdeutschen Wahlen hervorgehen muß. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Dr. Barzel, hat in seiner Rede zur Regierungserklärung die Haltung der Fraktion eindeutig klargestellt. Aus seinen Ausführungen ging hervor: Die Fraktion ist einmütig der Ansicht, daß Verzicht, die vor Beginn der Verhandlungen ausgesprochen werden, mit Sicherheit dazu führen, die kommunistische Seite das Interesse an solchen Verhandlungen überhaupt verlieren zu lassen. Darüber hinaus aber sei es unmoralisch, mit dem Gedanken um-

zugehen, unsere eigene Wohlfahrt dadurch zu erkaufen, daß wir aus fremder Tasche zahlen. ‚Wir sind‘, so führte Dr. Barzel aus, ‚die Sachwalter der Menschenrechte aller Deutschen und bekennen uns zu unseren Obhut-Pflichten‘.“

Die dreiseitige Studie enthält geschichtliche Betrachtungen und kommt zu dem Schluß, daß die nationale Einheit den Vorrang vor territorialen Fragen haben müsse.

Die in Recklinghausen erscheinende Wochenzeitung „Echo der Zeit“ hatte Auszüge aus der Studie veröffentlicht, in denen es u. a. hieß, daß die deutsche Politik, um in der Welt Zustimmung zu finden, ihre Haltung in der Grenzfrage klarstellen müsse. „Das ist offensichtlich nicht möglich, solange sie (die deutsche Politik) auf die kompromißlose Bestätigung der Grenzen des Deutschen Reiches gerichtet scheint.“

Tatsachen gegen Vorwürfe

CDU stellt fest: Wirtschaftsplan für das Saarland in Arbeit

Unter dem Titel „Hat das Saarland eine Zukunft?“ diskutierten in einem öffentlichen Forumgespräch des Saarländischen Rundfunks fünf Experten, darunter je ein Vertreter der CDU und der SPD.

Während der Präsident der Saarbrücker Industrie- und Handelskammer, Direktor Dr. Schluppkotten, Finanzminister Dr. Koch und Professor Dr. Tietz vom Handelsinstitut der Saar-Universität aus ihren ganz speziellen Blickwinkeln und an Hand der Gegebenheiten des Augenblicks die Zukunftsperspektiven aufzeigten, erklärte der Minister für Öffentliche Arbeiten, Helmut Bulle von der CDU, daß der Wiederaufbau im Saarland seit 1956 durch die maßgeblich von der Christlich-Demokratischen Union gestellten Regierungen systematisch und zielstrebig durchgeführt worden ist.

Von den 550 km Bundesstraßen im Raum der Saar sind bisher 350 km modern ausgebaut, ja zum größten Teil vollständig erneuert. Im laufenden Jahr werden weitere 50 km fertiggestellt. In drei Vierjahresplänen, von denen der erste 1959 begann und der dritte 1970 endet, wurden bis heute rund 700 Millionen DM investiert. Nach Erreichung der Endstufe dürfte es über eine Milliarde DM sein. Das Jahr 1966 bezeichnen die Experten des Wiederaufbauministeriums als „das Jahr der großen Brücken“; denn es stehen sieben große Kunstbauten zur Vollendung an, die einen Gesamtaufwand von 54,3 Millionen DM beanspruchen, und der Beginn weiterer fünf Projekte für 14,6 Millionen DM. Die Gesamtlänge dieser verschiedenen Bundesautobahnbrücken beträgt etwa 5 km. Die Aktivität im Straßenbau stellt sich als gebieterische Notwendigkeit dar; denn im Saarland kommt zur Zeit auf fünf Einwohner ein PKW, eine Relation, die sich schon

in absehbarer Zeit auf 3 : 1 verschieben wird. Seit 1956 hat sich die Zahl der Kraftfahrzeuge im westlichsten deutschen Grenzland praktisch verdoppelt.

Bulle widerlegte auch die Behauptung der Opposition, daß nicht genug auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Umstrukturierung geschehe. Er wies auf die erfolgreichen Bemühungen der Regierung hin, ein großes Ford-Montagewerk an die Saar zu bringen. Die amerikanische Weltfirma hat bereits ein bekanntes Archi-

tektenkonsortium veranlaßt, die Gesamtplanungen für die Anlagen im Raum Saarlouis-Dillingen zu erarbeiten. In der ersten Ausbaustufe sollen hier 5000 und wenige Jahre später 10 000 Menschen Verdienst finden, unter ihnen voraussichtlich ein starkes Kontingent von Pendlern aus dem benachbarten Lothringen. Der Opposition sei weiter bekannt, daß gegenwärtig Diskussionen im Gange sind mit dem Ziel, einen Protonen-Großbeschleuniger im Saarland zu errichten. Es handelt sich dabei um ein Projekt der Europäischen Vereinigung für Kernforschung mit Sitz in Genf. Seine Realisierung, die Gesamtinvestitionen von etwa eine Milliarde DM beanspruche, bedeute, daß im Saarland etwa 3000 Wissenschaftler und weitere 7000 Assistenten, Techniker und Laboranten Arbeit fänden.

Ein politischer Auftrag

Staatssekretär Dorenburg sprach über die Kommunalpolitik der CDU

Die schleswig-holsteinische CDU geht geschlossen und mit guten Aussichten in die Kommunalwahl am 13. März. Das stellte Staatssekretär Joachim Dorenburg, Beauftragter der Landesregierung in Bonn, auf einer kommunalpolitischen Tagung des CDU-Landesverbandes in Rendsburg fest.

Ihre Zuversicht begründe sie auf die überzeugenden Leistungen in der Kommunalpolitik, die unzertrennbar verknüpft seien mit einer zielbewußten Landes- und Bundespolitik. Stark angestiegene Mitgliederzahlen sowie die Neugründung zahlreicher Ortsverbände der CDU und Jungen Union seien ein schlagender Beweis für eine erfreuliche Entwicklung.

Zur grundsätzlichen Haltung der CDU in der Kommunalpolitik stellte Staatssekretär Dorenburg fest:

„Unser Auftrag in den Gemeinden und Kreisen ist ein politischer. Politik ist der

Inbegriff jedes auf den Staat gerichteten Handelns, aber auch das staatliche Handeln selbst. Auch die Gemeinde ist eine staatliche Zelle; daher bedeutet die kommunale Selbstverwaltung eine politische Aufgabe.

Wir halten unbeirrbar an unserem Auftrag fest, die Gemeinden mit unseren politischen Vorstellungen und Zielen zu durchdringen. Die Intensität unseres politischen Handelns, das Ausmaß der Beteiligung der Bürger, die Solidarität unserer in den Gemeinden lebenden politischen Freunde und schließlich der Grad der vollbrachten Leistungen bilden Wertmaßstäbe für das Verhältnis der örtlichen CDU zu ihrer Gemeinde bzw. zu ihrem Kreis.“

Im weiteren Verlauf seiner Rede ging Staatssekretär Dorenburg auf die grundlegenden politischen Unterschiede der Parteien in ihrer Einstellung zur Kommunalpolitik ein:

„Die SPD stellt gemäß ihren Leitsätzen das Rathaus in den Mittelpunkt der Gemeinden. Wir in der CDU sehen zuerst den Menschen, den freien Bürger. Die SPD strebt primär vom Staat, also auch von den Kommunen getragene soziale und kulturelle Einrichtungen an. Wir fördern die staatlichen Träger bewußt nur subsidiär, nur dann, wenn alle Möglichkeiten einer Trägerschaft im freien gesellschaftlichen Bereich erschöpft sind.

Zur FDP bemerkte Dorenburg, er sei zwar ein Freund der Kleinen Koalition, doch habe er mit Enttäuschung die Zurückhaltung der Freien Demokraten bei eigenen diskussionsfähigen Konzepten in der Kommunalpolitik zur Kenntnis nehmen müssen. „Ich meine“, sagte er, „hier zeigt sich immer wieder die herkömmliche Schwäche des Liberalismus, durch eine Überspitzung des Rechtsstaatsgedankens und der damit verbundenen Idee des 'Laissez faire' die Fähigkeit zu echtem politischen Handeln zu verlieren.“

Gegen Stilllegungen

Niedersachsens Wirtschaftsminister will dem Zonengrenzraum helfen

Gegen die Stilllegung von Eisenbahnlinien im Zonengrenzraum, die aus politischen, wirtschaftlichen und verkehrsmäßigen Gründen unbedingt erhalten werden müssen, hat sich der niedersächsische Wirtschafts- und Verkehrsminister Möller (CDU) ausgesprochen.

Vor dem Landtag versicherte der Minister u. a. zu diesem Problem:

„Wir brauchen im Augenblick keine Befürchtungen zu haben, daß in den Zonenrandgebieten Eisenbahnstrecken stillgelegt werden. Die Bundesbahn — bzw. die Bundesregierung — hat eine entsprechende Erklärung abgegeben. Wir als Landesregierung werden uns bemühen, Stilllegungsanträge von nicht bundeseigenen Eisenbahnen nicht zu genehmigen. Das bedeutet allerdings auch, daß wir uns Gedanken darüber machen müssen, wie wir diese Strecken nun auch vom Lande her unter Umständen — nach eingehender Prüfung — finanziell unterstützen.“

Diese Frage war im Landtag zur Sprache gekommen, nachdem Zeitungsberichte von der Stilllegung einer Teil-

strecke der Osthannoverschen Eisenbahnen entlang der Zonengrenze gesprochen hatten. Diese Strecke hatte vor der Ziehung der Zonengrenze eine direkte Verbindung zur Hauptbahnlinie Hannover—Berlin.

Wie der CDU-Landtagsabgeordnete Goerdeler dazu in der Diskussion ausführte, muß diese Bahnlinie insbesondere aus gesamtdeutschen und verkehrsmäßigen Gründen erhalten werden. Zu ihren Eigentümern gehören der Bund mit 33 Prozent des Aktienkapitals, Niedersachsen (40), die Bundesbahn (9) sowie zahlreiche Gemeinden und Kreise. Sie ist als wichtiges Anfangsstück für die geplante Nord-Süd-Verbindung vorgesehen, die den Raum Wolfsburg — Braunschweig — Salzgitter künftig mit den norddeutschen Häfen verbinden soll.

VERTRIEBENE und FLÜCHTLINGE

LAG-Sperre aufgehoben

Nach Mitteilung des Bundesausgleichsamtes ist die Sperre für die Barauszahlung der Haupt- und Hausratsentschädigung nach dem Lastenausgleichsgesetz wieder aufgehoben worden. Wegen der Knappheit der Mittel können jedoch vorerst nur die dringlicheren Fälle behandelt werden. Die Sperre war im vergangenen November verfügt worden, weil die vorgesehenen Kredite wegen der schwachen Lage auf dem Kapitalmarkt nicht aufgenommen werden konnten.

3800 Ostbauern angesiedelt

In Niedersachsen sind in den letzten beiden Jahren 473 aus Ost- und Mitteldeutschland stammende Landwirte auf Voll- und weitere 3356 auf Nebenerwerbsstellen angesiedelt worden. Das teilte der niedersächsische Landwirtschaftsminister Hasselmann (CDU) mit. Beim Bewilligungsausschuß und bei den Siedlungsbehörden liegen gegenwärtig noch 1200 alte Ansiedlungsanträge vor. Für das Siedlungsprogramm 1966 ist die Förderung von fast 2100 Siedlungen vorgesehen.

Lob für Pommern-Sozialwerk

Der Staatssekretär im schleswig-holsteinischen Sozial- und Vertriebenenministerium, Dr. Otto, hat die Arbeit des Sozialwerks der Pommern gewürdigt, das vor 14 Jahren in Kiel gegründet wurde. Dr. Otto erklärte in diesem Zusammenhang, der Drang zur deutschen Einheit sei bei den Menschen in der Zone stärker als bei uns.

500 000 Aussiedlungsanträge

In den osteuropäischen Ländern liegen nach Mitteilung vom Bundesvertriebenenminister noch rund 500 000 Aussiedlungsanträge von Deutschen vor. Diese Zahl ist nach Gradls Feststellungen kein Maßstab für den Aussiedlungswillen, da in vielen Ländern damit persönliche Nachteile für die Antragsteller verbunden sind. Seit 1950 sind rund 553 000 Deutsche aus Osteuropa zu uns gekommen.

Jeder vierte ein Vertriebener

In der Bundesrepublik leben gegenwärtig 10,6 Millionen Heimatvertriebene aus den deutschen Ostgebieten sowie 3,44 Millionen Flüchtlinge aus der sowjetisch besetzten Zone. Damit ist fast jeder vierte Einwohner der Bundesrepublik Heimatvertriebener oder Sowjetzonenflüchtling. In den unter polnischer Verwaltung stehenden Oder-Neiße-Gebieten leben nach Mitteilung des Bundesvertriebenenministeriums noch eine Million Deutsche.

Absage an Verzicht

Der CSU-Vorsitzende Strauß über die Wiedervereinigung

Den in letzter Zeit erwogenen Theorien, durch die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie der Wiedervereinigung näherzukommen, hat der Vorsitzende der CSU, Franz Josef Strauß, eine eindeutige Absage erteilt.

In der Monatszeitschrift „Mann in der Zeit“ vertritt Strauß die Meinung, daß eine Kapitulation vor den polnischen Ansprüchen uns keinen Schritt dem Ziel eines geeinten Deutschland näherbringe, hingegen der Weg über ein föderiertes Europa unter Beachtung des Selbstbestimmungsrechtes die Voraussetzung für eine Regelung der deutsch-polnischen Grenze und der Überwindung der deutschen Teilung sei.

Franz Josef Strauß erklärte zu diesem Problem:

„Eine westeuropäische Konföderation müßte das deutsche Alleinvertretungsrecht mittragen und vertreten, wodurch der Wiedervereinigungsanspruch des deutschen Volkes auf ein breiteres Fundament gestellt würde. Es versteht sich von selbst, daß Westberlin, das heute schon Bestandteil der wirtschaftlichen Gemeinschaften ist, auch zum Territorium einer solchen Konföderation gehören und damit entsprechende gesamt-

europäische Funktionen übertragen bekommen würde.

Eine wirkliche ‚Normalisierung‘ des Verhältnisses zwischen Deutschen und Polen, die dem polnischen Volk Chancen für eine zunehmende Unabhängigkeit von Moskau eröffnen könnte, würde wohl auch kaum eintreten, wenn der polnische Staat von einem wiedervereinigten Deutschland an der Oder und Neiße und der Sowjetunion am Bug flankiert wäre.

Das deutsche und polnische Volk werden erst dann in guter Nachbarschaft miteinander leben können, wenn beiden das Recht auf Selbstbestimmung zugestanden worden ist und ihre gemeinsamen Grenzen durch ein föderatives europäisches System entwertet worden sind. Solange jedoch einem Teil Deutschen und der Gesamtheit der Polen diese freiheitlichen Grundrechte vorenthalten sind, müssen auch die feierlichsten Erklärungen über eine deutsch-polnische Grenze ohne rechten Wert bleiben.“

Vertriebenenarbeit koordinieren

CDU/CSU-Landesverband Oder-Neiße ergriff Initiative

Um die Fragen einer engeren Zusammenarbeit zwischen allen Vertriebenen und Flüchtlingen, die für eine Politik im Sinne der Wiederherstellung der deutschen Einheit und der Verwirklichung des Heimat- und Selbstbestimmungsrechts eintreten, ging es bei einer Arbeitstagung, die der CDU/CSU-Landesverband Oder-Neiße am Wochenende in Kaufbeuren durchführte.

Vom CDU/CSU-Landesverband nahmen daran u. a. der Vorsitzende und Berliner Bundestagsabgeordnete, Josef Stingl, seine beiden Stellvertreter Alfred Klose, MdL (Neuß), und Paul Scholz, MdL (Bottrop), sowie der Schatzmeister und Bundestagsabgeordnete Edelhard Rock (Wolfenbüttel) teil.

Weiter nahmen u. a. teil der bayerische Staatsminister Hans Schütz, der Staatssekretär für Vertriebenen- und Flüchtlingsfragen in Baden-Württemberg, Sepp Schwarz, der Generalsekretär der CSU, Jaumann, MdL, der Bundessprecher der Landsmannschaft Schlesien, Landesminister a. D. Erich Schellhaus, der Bundessprecher der Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg, Dr. Heinz Kiekebusch, der stellvertretende Bundesvorsitzende der Landsmannschaft Schlesien, Helmut Kistorz, MdL, der über die CDU-Landesliste in den Bundestag gewählte GDP-Abgeordnete Dr. Walter Becher und einige seiner Mitarbeiter.

Die Gesprächsteilnehmer waren sich einig, daß die für Deutschland und alle Deutschen zu lösenden Zukunftsaufgaben eine Zusammenfassung aller Kräfte der Vertriebenen und Flüchtlinge notwendig machen. Es wurde beschlossen, einen Koordinierungsausschuß zu bilden, der die erforderlichen Schritte (Kontakte zu

den Vertriebenen- und Flüchtlingsorganisationen und zu den Vertriebenen- und Flüchtlingspolitikern, die außerhalb der CDU/CSU stehen usw.) vorbereitet.

Die Gesprächsteilnehmer waren sich weiter darüber einig, daß die junge Generation stärker als bisher mit den deutschen Schicksalsfragen vertraut gemacht werden muß. Sie erteilten allen Versuchen rechtsradikaler Kreise, die die Vertriebenen mit radikalen Parolen einfangen wollen, eine klare Absage.

Im Verlauf der Tagung besichtigten die Teilnehmer auch die Vertriebenen-Stadt Neugablonz und lobten die gewaltigen Aufbauleistungen, die von den Vertriebenen dort vollbracht wurden.

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, verantwortlich für die Redaktion: Dr. Heinz Pettenberg, Vertretung René Ahrlé, beide Bonn, Nassestraße 2, Telefon 5 29 31. — Verlag: Presse- und Informationsdienste der CDU Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH, Bonn, Argelderstraße 173, Telefon 2 31 40 — Bezugspreis monatlich 1,— DM — Banken: Presse- und Informationsdienste der CDU Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH, Bonn, Argelderstraße 173, Postscheck-Konto Köln 193 795, Commerzbank Bonn Nr. 12 493 — Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei.

Leere SPD-Stühle

Seltene Oppositionspraktiken in Schleswig-Holstein

Weil sie angeblich nicht ausreichend über die Vorschläge der schleswig-holsteinischen Landesregierung zum Ausgleich des Etats 1966 informiert wurde, griff die in der Opposition stehende SPD zu einer merkwürdigen Praxis. Im Haushaltsausschuß verschwanden — wie weiland die „zehn kleinen Negerlein“ — ein SPD-Abgeordneter nach dem anderen. Nur einer blieb als Beobachter zurück.

Bereits am 8. Februar hatten die Sozialdemokraten mit einem Boykott der Haushaltsberatung im Ausschuß gedroht, weil sie dessen Tagungen — aus was für einem Grunde, das wissen nur sie — „für offensichtlich unsinnig“ hielten. Ein paar Tage später hatten sie plötzlich wieder Lust, an den Beratungen teilzunehmen.

Hilfe für den Warndt

In Anwesenheit des saarländischen Innenministers Ludwig Schnur und seines Fraktionskollegen im Saarlandtag Dr. Wicklmayr (CDU) befaßte sich der Amtsverband Naßweiler der Union mit aktuellen Fragen des Warndtgebietes. Die Kommunen dieses unmittelbar an der Grenze nach Lothringen gelegenen Raumes, unter deren Oberfläche wertvolle Fettkohle abgebaut wird, erhielten seit dem Ende des ersten Weltkrieges eine spezielle finanzielle Unterstützung — die sogenannte Warndtkohlenabgabe — die in den Debatten um den Landesetat 1966 erstmals gestrichen wurde. Die CDU-Landtagsfraktion setzte nach eingehenden Beratungen nunmehr durch, daß die betroffenen Gemeinden in diesem Jahr eine außerordentliche Hilfe von zusammen 750 000,— DM erhalten und ab 1967 in den allgemeinen kommunalen Finanzausgleich einbezogen werden.

Aller bösen Dinge sind drei

Niedersächsische Personalskandale reißen nicht ab

Kaum hat die Öffentlichkeit die Nachricht von der Suspendierung des Oberregierungsrates Beske (SPD) vom niedersächsischen Vertriebenenministerium erfahren (siehe auch UiD 7/66), da werden neue Personalskandale bekannt. Zwei Direktoren der bis vor kurzem noch landeseigenen Niedersachsen GmbH sind fristlos entlassen worden.

Es handelt sich um den zweiten Geschäftsführer der Niedersachsen GmbH, Degenhard, einen laut „Braunschweiger Zeitung“ vom 18. Februar vom niedersächsischen Finanzminister Kubel (SPD) geförderten Wissenschaftler, und um den früheren leitenden Direktor der zur Niedersachsen GmbH gehörenden Harzburger Gabbro-Steinbruch-Gesellschaft. Degenhard wurde nachträglich fristlos entlassen, wobei seine inzwischen erfolgte Pensionierung widerrufen wurde.

Über die Gründe für die Kündigung ist offiziell noch nichts bekannt geworden. In Niedersachsen wird es jedoch als besonders peinlich bezeichnet, daß das Finanzministerium angeblich nicht orientiert ist und der Minister sich nicht um jeden Fall dieser Art kümmern könne. Die Niedersachsen GmbH war erst vor kurzem an die Braunschweiger Staatsbank verkauft worden; Vorsitzender des

Inzwischen hatte der Bundesrat auf Antrag der von der CDU geführten schleswig-holsteinischen Landesregierung beschlossen, 338 Millionen DM als Ergänzungszuweisungen an finanzschwache Länder in den Bundeshaushalt aufzunehmen. Davon profitiert auch das nördlichste Bundesland.

Die ansonsten in Schleswig-Holstein nicht eben zimperliche Opposition schmolte erneut, als der Finanzminister

„Erheblich vertrimmt...“

Immer neue Überraschungen im Hamburger Haase-Untersuchungsausschuß

„Der gestrige Tag hat deutlich gezeigt, daß eine besondere Behörde für das Gefängniswesen, die es in keinem anderen Bundesland gibt, ein überflüssiger Verwaltungsaufwand ist. Die Aufgaben dieser Hamburger Behörde können unter erheblichen Einsparungen von der Justiz mitverwaltet werden“.

So kommentiert das „Hamburger Abendblatt“ am 17. Februar das erste greifbare Ergebnis des Haase-Untersuchungsausschusses, der auf Drängen der Hamburger CDU-Bürgerschaftsfraktion eingesetzt wurde, um die Umstände des gewaltsamen Todes eines amerikanischen Untersuchungsgefangenen zu klären.

im zuständigen Ausschuß über die Finanzlage des Landes berichtete. Die SPD-Abgeordneten aber wollten den Ministerpräsidenten selber hören. Es kam zu der erwähnten Politik der „leeren Stühle“.

Der Vorsitzende des Finanzausschusses, Staatsrat Mentzel (CDU), hat inzwischen die Vorwürfe der Opposition in aller Schärfe zurückgewiesen. „Es trifft keineswegs zu, daß dem Finanzausschuß die notwendigen Voraussetzungen für eine sinnvolle Beratung des Etats genommen worden sind“, sagte Mentzel. Er erinnerte die SPD-Abgeordneten daran, daß derzeit die Einzelpläne beraten werden. Die Anwesenheit von Ministerpräsident Dr. Lemke ist nach Mentzels Auffassung erst in dieser Woche notwendig.

Inzwischen rätselt die Öffentlichkeit, ob die kleinen „SPD-Negerlein“ aus dem Schmollwinkel hervorkommen werden, in den sie sich selbst gestellt hatten.

Bei den Vernehmungen ergeben sich immer neue Überraschungen. Zwar konnten zwei leitende Hamburger Gefängnisbeamte ihre anfänglichen Behauptungen nicht aufrechterhalten, daß Senator Kramer (SPD) nicht erst am 12. Januar 1966, sondern bereits vor 19 Monaten vom Tod des Häftlings erfahren haben soll. Aber immerhin ist Dr. Erich Sinke, der höchste Beamte der Gefängnisbehörde, ins allgemeine Schußfeld gekommen, wie es das „Hamburger Abendblatt“ am 19./20. Februar kommentierte: „Wie wenig Dr. Erich Sinke über seine Behörde Bescheid weiß und wie wenig er sich um sie kümmert, das wurde bei seiner zweiten Vernehmung erst richtig offenbar“.

Sinke mußte das peinliche Eingeständnis machen, daß er die Praxis im Untersuchungsgefängnis „persönlich überhaupt nicht kennt“. Er hatte auch erst jetzt aus der Presse erfahren, daß eine richterliche Genehmigung für die Unterbringung in die berüchtigte „Glocke“ erforderlich ist. Und er mußte auch jetzt zugeben, daß im Untersuchungsgefängnis auch jetzt noch nicht strenger überprüft wird, ob die Vorschriften eingehalten werden.

Außerordentlich peinlich

Als außerordentlich peinlich wurden auch die Aussagen von Oberstaatsanwalt Hermann empfunden, der sagte, er danke Gott, daß er Haase nicht hätte gegenüberreten müssen: „Dann wäre ich vermutlich auch zum Totschläger geworden. So renitent ist Haase gewesen.“ Im übrigen sei der Häftling schon „erheblich vertrimmt“ ins Untersuchungsgefängnis gekommen. Nach gerichtsmmedizinischen Feststellungen wies dessen Leiche 20 bis 25 schwere Schlagverletzungen auf, an deren Folgen er dann gestorben ist.